

Bezugspreis: Vierteljahr 45.- M., monatlich 15.- M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die zehnspaltige Kompositorenzeile ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 6. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Englands Bedingungen.

London, 6. Dezember. (M.B.) In einer Rede in Manchester über die Finanzlage behandelte der britische Schatzkanzler Lord Sir Robert Horne eingehend die Frage der deutschen Reparationen und sagte, in Frankreich scheine eine gewisse Besorgnis zu bestehen über die Unterredungen, die er mit Rathenau gehabt habe.

In der Rede des Schatzkanzlers Horne heißt es weiter, nichts wäre im Augenblick für die Welt von größerem Schrecken als der Bruch der Allianz. Es sei daher selbstverständlich, daß England nicht im Traume daran denke, ein Abkommen, das in irgendeiner Weise seine Freunde benachteiligen könnte, ohne angemessene Beratungen und Entscheidungen einzugehen.

Die Personen, die England kritisierten, könnten jedoch nicht verkennen, daß sie während des letzten Jahres, als Coucheur mit Rathenau verhandelte, aus England zu keiner Zeit den geringsten Einwand dagegen vernommen hätten.

Der Schatzkanzler erklärte weiter, soweit deutsche Reparationen in Betracht kämen, hätte England stets den Grundsatz verfolgt, sein Budget ohne Bezugnahme auf irgendwas aufzustellen, was von Seiten Deutschlands einkommen könnte.

Dies sei eine Aufgabe, die alle Alliierten gemeinsam erörtern und einstimmig beantworten müßten.

Der Zusammenbruch Deutschlands, sollte er unglücklicherweise durch irgendeine Aktion von Seiten der Alliierten herbeigeführt werden, wäre ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Welt.

Oesterreich und Rußland, die Kunden Englands waren, seien nicht mehr in der Lage, die englischen Waren zu kaufen. Wenn zu diesen Kunden noch ein zerbrochenes Deutschland hinzukäme, so würde die Katastrophe in Europa unberechenbar sein.

Es würde eine Katastrophe sein, die nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen, sondern auch vom politischen Standpunkt von riesiger Rückwirkung auf Europa sein würde. Wenn man einen Druck auf Deutschland ausüben würde, so werde Deutschland vielleicht in der Lage sein zu zahlen, vielleicht aber auch nicht, und dies sei die unmittelbare Frage, die untersucht werden müsse.

Die Eisenbahnen würden vom Staat mit Verlust betrieben. Dies hätte einen neuen Verlust für seinen Haushalt zur Folge und setze die deutschen Industriellen in die Lage, ihre Waren billiger zu verkaufen als dies der Fall sein müßte.

Horne erklärte: Wenn wir auf unseren gerechten Anspruch auf deutsche Reparationen verzichten wollten, selbst für einen Zeitraum, was wir nach meiner Ansicht nicht beschließen würden, oder geseht den Fall, daß es geschieht, so ist eins klar: Deutschland muß die Befehle ausgeben, um sich in die Lage zu versetzen, seine recht-mäßigen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, denen es sie schuldig ist, zu erfüllen.

Die Ausgabe von Papiergeld einstellen, um sein Defizit auszugleichen.

um sein Defizit auszugleichen. Zu dem Vorschlag, daß Großbritannien ebenso wie Frankreich auf einen Teil seiner Reparationen Bezüge in Waren erhalten soll, erklärte Horne, daß die Bezüge in Waren in Frankreich mit den vermögsten Gebieten zusammenhängt.

Soziale Kämpfe.

R. I. Prag, 4. Dezember.

Die Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei errang in den ersten zwei Jahren des Bestandes der Republik bedeutende soziale Erfolge, zu denen außer Lohnverbesserungen vor allem auch die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages zu zählen ist.

Das ungeliebte Zerwürfnis in der Arbeiterschaft wurde jedoch von den kapitalistischen Kreisen benützt, einen Kampf gegen alle sozialen Errungenschaften zu inszenieren. Solange Genosse Tulas Ministerpräsident war, wagten es die Kapitalisten nicht, öffentlich mit ihren antisozialen Absichten hervorzutreten.

Die Tendenz der Unternehmer ging dahin, Streiks direkt zu provozieren, um den besiegten Arbeitnehmern sodann ihren Willen zu diktieren. Ein solcher provozierter Streik war der Generalstreik der Bankbeamten im Sommer d. J., der sich um die Frage der Mitbestimmung der Angestellten in den Betrieben drehte.

Nach diesem Siege des Finanzkapitals versucht es nun auch das Industriekapital, einen Triumph über das Proletariat zu gewinnen. Zwei große Streiks werden von ihm jetzt provoziert: der Kohlenarbeiterstreik im Mährisch-Schlesien und der Streik der Textilarbeiter. Bisher sind diese Streiks nicht offen ausgebrochen und Verhandlungen sind noch im Gange.

Die Unternehmer erstreben jetzt eine solche Niederlage der Kohlenarbeiter, wie die der Bankbeamten war, um sodann die Organisation der Bergarbeiter zerstören zu können. Außerdem soll diese Niederlage der Arbeiter auch den anderen Industriegruppen den Anlaß bieten, in ihren Betrieben gleichfalls scharfmacherisch vorzugehen.

Ein ähnlicher Kampf tobte in der Textilindustrie. Die Arbeiter der ostböhmischen Textilfabriken verlangen eine Lohnerrhöhung, die Unternehmer stehen jedoch auf dem Standpunkt der Stabilisierung der Löhne.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsche Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien begibt sich am Mittwochabend an den Verhandlungsort. Mit den deutschen Bevollmächtigten Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär z. D. Lewald geht auch der Generolbevollmächtigte der preussischen Staatsregierung Unterstaatssekretär a. D. Göpper nach Oberschlesien.

Gleichzeitig mit den deutschen Bevollmächtigten werden sich auch die Unterkommissionen an Ort und Stelle begeben.

Die Genfer im Sanktionsgebiet.

Die Vertreter der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf besichtigten am Montag die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Auch hier konnten sie sich von der unerschweren finanziellen und wirtschaftlichen Opfer vollständig durchgeführter Umstellung auf Friedensproduktion überzeugen.

Die französische Militärjustiz hatte im Frühjahr 1919 den Oberbahnvorsteher Flemming in Mainz wegen Ueberlassung eines Ausweises an einen Unbekannten, dem er auf dringendes Bitten zum Verlassen des besetzten Gebietes helfen wollte, zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt.

Oberschlesisches Arbeiterrecht.

Heute vormittag fand hier eine Konferenz zwischen dem seit einigen Tagen in Berlin weilenden Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, Genossen Albert Thomas, und den deutschen Bevollmächtigten zu den deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, dem früheren Reichsjustizminister Schiffer und dem Staatssekretär z. D. Lewald, statt.

Es wurden jene Fragen des Arbeiterrechts und des Arbeiterrichtes erörtert, die sich aus der Leistung des ober-schlesischen Industriegebietes und den Bestimmungen der Genfer Entscheidung ergeben. Genosse Thomas machte recht beachtenswerte Vorschläge über die Schaffung einer Instanz zur Vermeidung von Streitigkeiten.

Es besteht kein Zweifel, daß es im Interesse der deutschen und auch der polnischen Arbeiter in dem abzurufenden ober-schlesischen Gebiet liegen würde, wenn die Anregungen Albert Thomas zur praktischen Durchführung gelangten.

60 Proz. ihrer Arbeiter entlassen. Die Beamten der Metallfabriken, die vor einem Jahre einen Streit verloren haben, müssen sich jetzt die Lösung ihres bisherigen Kollektivvertrages gefallen lassen, wobei die einzelnen Unternehmer ihren Angestellten verschlechterte Arbeitsbedingungen und Verlängerung der Arbeitszeit diktiert.

In der Slowakei ist ein Generalstreik der Seher ausgebrochen. Während die Arbeiter Lohnerhöhungen infolge der fortschreitenden Teuerung fordern, verlangen die Druckereibesitzer eine Herabsetzung der Löhne.

Nach einer Statistik des Ministeriums für soziale Fürsorge gab es im Monat August d. J. in der Tschechoslowakei 34 Streiks mit 15 000 Personen. Von diesen Streiks endete kein einziger mit einem Erfolge der Arbeiterschaft!

Neue Wahllehren.

An dem gleichen Sonntag, an dem der Bezirkstag der Unabhängigen für Groß-Berlin die Lehre von der „Diktatur des Proletariats“ neu „stabilisierte“, fanden im Freistaat Anhalt die Kreis- und Gemeindevahlen statt. Sie zeigen dasselbe Ergebnis, das wir schon bei fast allen Wahlen nach der Reichstagswahl von 1920 feststellen konnten. Während die Sozialdemokratie ihre Anhängerzahl nicht nur auf der alten Höhe hielt, sondern stellenweise noch wesentlich vermehrte, sind die Anhänger der Unabhängigen, soweit sie nicht zu den Kommunisten übergegangen sind, vielfach der Wahlurne ferngeblieben und haben so zur Stärkung der reaktionären Parteien in erheblichem Maße beigetragen. Das ist bisher der ganze Erfolg unabhängig-kommunistischer Propaganda. Statt der „Diktatur des Proletariats“ tritt eine unbegreifliche Wohlflaute gerade in den kommunistisch-unabhängigen Kreisen ein, wodurch tatsächlich die Diktatur der Bourgeoisie vorbereitet wird.

Einige Zahlen aus Anhalt mögen das aufs neue illustrieren. Bei den Landtagswahlen 1920 beliefen sich die sozialistischen Stimmen (aller drei Parteien!) auf 92 982, denen 79 068 bürgerliche gegenüberstanden. Am letzten Sonntag wurden 89 520 sozialistische gegen 77 289 bürgerliche gezählt. Wenn man also auch die Kommunisten noch in das sozialistische Lager zählt, was wir nur mit allem Vorbehalt tun können, so bleibt in Anhalt auch jetzt noch eine sozialistische Mehrheit. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß diese Mehrheit durch die Spaltung der Parteien innerlich geschwächt und auf ungesicherte Faktoren gestellt ist. Nicht nur, daß die eine und einheitliche Partei durch die Spaltung von 1916 gesprengt wurde, auch die abgesplitterten Teile heben sich in ihrem Kampfe gegeneinander rechnungsmäßig vollkommen auf. In Dessau z. B. wurden 1920 noch 4360 unabhängige Stimmen gezählt, diesmal nur 1997! Rechnet man dazu die 1220 Kommunisten, so sind das zusammen nur 3217, also 1143 weniger als im Vorjahre! Die Sozialdemokratie hat 369 Stimmen in der Stadt Dessau gewonnen. Nimmt man an, daß diese nur aus dem Lager der Unabhängigen und Kommunisten stammen, so bleiben doch immer noch rund 800 linksradikale Wähler, die allein in dieser einen Mittelstadt entweder überhaupt nicht oder gar bürgerlich gewählt haben. Das gleiche Bild ergibt sich in einer Reihe anderer Städte des Landes. In Jechow z. B. die Unabhängigen von 1466 auf 56 Stimmen gesunken. Von dem Verlust haben die Kommunisten 788 erhalten, die Sozialdemokratie gewann 139 Stimmen. In dieser Kleinstadt sind also rund 483 unabhängige-kommunistische Wähler einfach von der Bildfläche verschwunden.

Son könnte man Ort für Ort durchgehen und überall dieselbe Erscheinung finden. Angesichts solcher Tatsachen, die in Preußen, in Baden, in Hessen, in Anhalt sich in gleicher Weise darstellen, ist das Verhalten der Berliner unabhängigen Parteileitung einfach unverständlich. Statt aus dem Verhalten gerade ihrer Arbeiterwähler, die sich durch den Parteistreit abgestoßen und angewidert fühlen, die Lehre zu ziehen, daß eine Einheitsfront aller Sozialdemokraten auf dem Boden positiver Arbeit her-

gestellt werden muß, bieder sie sich aufs neue bei den kommunistischen Putschisten an, indem sie die „Diktatur des Proletariats“ und den „Klassenkampf“ als neue Weisheit in den Vordergrund stellen und an die „glorreichen gemeinsamen Kämpfe“ erinnern, die sie mit den Oberlein und Plek gegen die Sozialdemokratie geführt haben. Auf diese Weise wird die Einigung zwar hinausgezögert, aber nicht verhindert. Denn wie alle Wahlen zeigen, ist die Auflösung der USPD nur noch eine Frage der Zeit. Wenn sie selbst nicht rechtzeitig den klar vorgeschriebenen Weg zu finden weiß, so werden die harten Tatsachen ihr über kurz oder lang begrifflich machen, daß man nicht dauernd eine schwankende Haltung einnehmen kann. Es kann sich nur um die Frage drehen, ob die USPD, offen und ehrlich auf dem Boden der Republik praktische politische Arbeit leisten oder weiter am Gängelband der „Allegaten“ innerhalb der kommunistischen Partei sich bewegen will.

Die Anhalter Wahlen.

Nach bisheriger Feststellung wurden bei den Kreis- und Gemeindevahlen in Anhalt gezählt: 68 941 Sozialdemokraten, 10 074 Unabhängige und 10 743 Kommunisten gegenüber 77 789 Bürgerlichen.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Stadt Dessau: Sozialdemokraten 13, Unabhängige 2, Kommunisten 2, Demokraten 5, Deutschnationale 4, Volkspartei 6, Hausbesitzer 4, zusammen 18 bürgerliche und 17 sozialistische, gegen bisher 18 bürgerliche und 18 sozialistische. Kreis Dessau: Sozialdemokraten 8, USPD und SPD, je 1, Demokraten 3, Volkspartei 3, Deutschnationale 2, Landbund 2. Stadt Bernburg: Sozialdemokraten 11, SPD, 4, Bürgerblock 14, Deutschnationale 1. Kreis Bernburg: Sozialdemokraten 8, SPD, 3, USPD, 1, Bürgerblock 8. Stadt Köthen: Sozialdemokraten 11, USPD, 0, SPD, 0, Bürgerblock 10, Studentenliste 3. Kreis Köthen: Soj. 9, USPD, und SPD, 0, Bürgerblock 7. Stadt Jerbst: Sozialdemokraten 9, USPD, 1, SPD, 2, Bürgerblock 12. Kreis Jerbst: Sozialdemokraten 6, USPD, 1, Bürgerblock 9. Stadt Ballenstedt: Sozialdemokraten 6, Bürgerblock 2. Kreis Ballenstedt: Sozialdemokraten 5, USPD, 1, Bürgerblock 6. Stadt Rastau: Sozialdemokraten 11, USPD, 3, Bürgerblock 4. Stadt Coswig: Sozialdemokraten 9, USPD, 2, SPD, 0, Bürgerblock 7.

Reichstagsprogramm.

Der Reichstag wird vor Weihnachten nur noch die dringendsten Vorlagen erledigen und nach einer Vereinbarung mit der Regierung von den Steuervorlagen nur das neue Einkommensteuergesetz, das am 1. Januar in Kraft treten soll, verabschieden, ferner wünschte die Regierung die Verabschiedung des neuen Ortsklassenverzeichnisses vor Weihnachten, das rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 erhält. Die Beamten in den höhergestellten Orten sollen ihre Nachzahlungen aus dieser Vorlage zum 1. Januar erhalten. Im übrigen wird der Reichstag in seiner vier- bis fünftägigen Dezembertagung nur noch einige kleine Vorlagen und einige Anträge beraten. Gegen die sofortige Annahme des demokratischen Antrages auf Einführung eines Gedenktages für die Opfer des Weltkrieges auf den ersten Januar Sonntag hat die Regierung keine Bedenken. Der nationale Trauertag würde wie der Totensonntag zu begehen sein, er erhält also Einschränkungen für Theater und Konzerte. Von deutsch-nationaler Seite wird beantragt werden, noch vor Weihnachten die Verordnung über die Presseverbote aufzuheben.

Haus Doorn „berichtigt“.

Wie wir kürzlich mitteilten, reiste eine Frau Hanna Harms aus Haus Doorn nach Deutschland und erhielt hierzu vom Hofmarschallamt Seiner Majestät Kaiser Wilhelms II. eine Bescheinigung, in der gebeten wurde, ihr auf der Hin- und Rückreise bei der Grenzkontrolle tunlichst Erleichterungen zu gewähren. Hierzu sendet uns Frau Harms eine ihr diktierte Berichtigung, in der angegeben wird, sie sei im Haushalt des Hofrats Rogge in Doorn, Holland, als Dienstmädchen — so bezeichnet der Herr Hofrat noch immer seine Hausangestellten — tätig und sei während dieser Zeit nur zwei-

mal nach Deutschland gereist. Mit Rücksicht auf eine Erkrankung sei ihr von Rogge die erwähnte Bescheinigung erteilt worden.

Wir haben begründeten Anlaß, diese Angaben stark zu bezweifeln. Sollten sie jedoch tatsächlich zutreffen, so muß es als starker Amtsmißbrauch bezeichnet werden, daß Herr Rogge seinem „Dienstmädchen“ ein Schriftstück an deutsche Grenzbeamte mitgibt, das vom Hofmarschallamt Seiner Majestät ausgeht. Das Schreiben wurde mit dem Stempel des Hofmarschallamts sowie eigenhändig von Herrn Rogge unterzeichnet.

Ein merkwürdig großer und dabei unzulässiger Apparat, der die uns gegenüber angegebenen Zwecke als recht unglaubwürdig erscheinen läßt.

Heringefallene Verleumder.

Ein Prozeß wegen Beleidigung und Presbergehen fand am Sonnabend vor dem Dresdener Schöffengericht nach zweitägiger, bis in die Abendstunden dauernder Verhandlung seine Erledigung. Der Senior des Bankhauses Gebrüder Arnhold-Dresden, der Geheimkommerzienrat Arnhold, hatte den Berteger und Schriftleiter der „Dresdner Rundschau“, einer antisemitischen Wochenchrift, wegen verleumderischer Beleidigung verklagt. Ueber den Prozeß liegt uns der folgende Bericht vor:

Die „Dresdner Rundschau“ hatte in einer ganzen Anzahl von Artikeln wiederholt die Behauptung aufgestellt, das Hofbrauhaus in Dresden-Cotta sei so schlecht geleitet worden, die Bilanz verflüchtigt usw., daß nichts anderes übrig bliebe, als den Betrieb stillzulegen und mit der Feldschützenbrauerei zu vereinigen. An diese offen und verdeckt gehaltenen Artikel wurden alle möglichen Schlußfolgerungen geknüpft. Zunächst wurde der Arbeiterpresse, besonders der „Dresdner Volkszeitung“ der Vorwurf gemacht, sie hätte nicht die Interessen ihrer Klassengenossen vertreten, sie die „Rundschau“, hätte erst einspringen müssen usw. Eine Folge dieser Artikel waren weiter die übelsten Gerüchte, die Mitglieder des Betriebsrates und natürlich auch Gewerkschaftsbeamte sollten „geschmiert“ worden sein, um die eigenen Klassengenossen hinter List zu führen.

Vor Gericht vermachte die „Rundschau“ nichts vorzubringen; entrüstet wiesen Mitglieder des ehemaligen Betriebsrates und Gewerkschaftsbeamte, die als Zeugen geladen waren, die gegen sie erhobenen Anschuldigungen zurück.

Nach schimmer Schnitt die „Rundschau“ im zweiten Teil der Anklage ab: Verkauf des Rabenberger Feuerwerkslaboratoriums. In diesem Falle drehte es sich um ein Objekt von rund 15 Millionen Mark. Die „Rundschau“ schrieb dazu, Arnhold und seine Helfershelfer hätten bei diesem Geschäft Hunderte von Millionen verdient. In der Verhandlung mußte sich der Angeklagte legen lassen, daß ein schneller Verkauf geboten erschien. Für das Sachvermerk war es andererseits noch ein gewisses Risiko, weil Arbeits- und Wirtschaftsministerium darauf bestanden, daß 800 Arbeiter und 250 Beamte weiter zu beschäftigen seien, darunter allein 36 Pförtner und Wächter. Obgleich nun die sächsischen Minister seinerzeit mehrfach im Landtage Zustimmung gegeben haben, blieben die „Rundschau“ bei ihren Behauptungen. Der Prozeß endete am Sonnabendabend mit einem Vergleich, aus dem ersichtlich ist, wie schwer die „Rundschau“ mit ihren Artikeln hereingefallen ist.

In dem Vergleich erklärt die „Rundschau“, daß ihre Behauptungen jeder Grundlage entbehren, daß sie sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurüknimmt und daß sie auch die Kosten des Verfahrens trägt. Sie verpflichtet sich ferner, diesen Vergleich im eigenen Blatt zum Ausdruck zu bringen, und bewilligt die Veröffentlichung in drei anderen Zeitungen durch Herrn Arnhold auf ihre Kosten.

Hoffentlich ist diese Niederlage ein abschreckendes Beispiel für die übrigen reaktionären Verleumder!

Dollar 230!

Heute setzte der Dollar an der Berliner Börse etwa mit 229 ein, stieg nach kurzer Zeit auf 233 und hielt sich im weiteren Verlauf etwa auf 230. Die Reichsbank nimmt anscheinend bedeutende Devisenkäufe vor; außerdem bemerkt man Käufe erster Bankfirmen.

Die italische Regierung hat an die Mächte einen Protest gegen das Diktat des Generals Jeligowski gerichtet, das für den 8. Januar 1922 in dem von den Polen besetzten Gebiet Wilnas Wahlen angeordnet hat.

Die tschech. Frage. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wurde in der irischen Frage ein Abkommen mit den Sinnfeindern erzielt, das sofort der Regierung von Ulster übermittelt wurde und am Mittwoch veröffentlicht werden soll.

Der Dauerbrandofen.

Von Rabund.

Sechsd Eidotter kam als Dauerbrandofen auf die Welt. Den ganzen Tag und die ganze Nacht brennen: für nichts und wieder nichts: das verdros ihn. Anstatt Beefsteaks und Hammelsteaks — Preschfischen schluden müssen, ist peinlich, noch dazu, wenn man einen empfindlichen Magen hat, zum Luxus tendiert und seine Lebensmittelsollären einzig dazu äußern darf, daß man statt mit Tausendmarktscheinen mit ausgebrannten Holzschichten kauft.

Sechsd Eidotter beschloß, dem Menschlichen, dem er verwandt und zugetan, näherzukommen. Er kaufte sich ein Paar Kürassierschiffel, lernte mit der Ofenklappe: „Vorwärts, marsch!“ klappern und begab sich in einen Schützengraben nach Flandern, wo er als feldgrauer Offizier mit hochmoderner Stahlausrüstung (Brustpanzer und Gasmaske) logisch Anstellung fand. Er schritt unversehrt durch hundert Sturmangriffe.

Schon zierte seine eiserne Brust das Eisernen erster, als in der Reservestellung ein Musketier auf den Gedanken kam, zu untersuchen, was hinter ihm steck. Er riß ihm die Ofenklappe auf: da fiel Asche und Staub heraus. Feuer war nicht mehr vorhanden. Er war längst ausgebrannt. Recklos klapperte er: „Vorwärts, marsch, vorwärts, marsch!“ Der Musketier ließ sofort ins Feuer, um Feuer für ihn zu holen. Zu spät. Als er zurückkam, hatte Sechsd Eidotter bereits sein Leben ausgehaucht.

Auch ein Dauerbrandofen ist kein Perpetuum mobile. Selbst nicht in dieser perpetuell mobilisierten Zeit.

Falttag. So nennt Karl Sternheim sein neuestes Prosabuch, das bei Ernst Rowohlt erschienen ist. Um dieser Satire willen sei Sternheim viel vergeben, auch die baugeoische Theatermacherlei aus zweiter Hand, die er seit der „Marquise von Arcis“ betreibt. Der Vöme hat doch noch Zähne. Hei, wie heißt er Europa, die er in seinem, trotz dem irrsinnigen Stile bedeutenden Roman verherrlicht hat, in das morsche Fleisch, daß die Freggen nur so fliegen. Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß es ein solches Format von Satire in Deutschland seit Heine nicht gegeben hat.

Wie dieser amerikanische Milliardär in Begleitung seines lieblichen Tochterleins aus Langeweile nach Europa kommt und mit seinem Ehebruch erst England und Frankreich, dann Belgien und Deutschland auf den Kopf stellt, hat sich riesiges Hohngelächter in sich, daß es Europa kalt werden müßte, wenn es diese Grimalassen sehe. Höhepunkt: wie ein deutscher Legationsrat, Erdgras und Gardekürassier a. D. um der Tochter Hand anhält und als Mittelt die Begabung der deutschen Kriegsschulden verlangt; wie da Fairfog zum ersten Male platt ist; wie er aber auch daraus eine große, Milliarden eindringende Transaktion macht und selbst dann noch Gewinn herausschlägt, als der Erdgras um eines Sioux-Indianers willen, der mit dem Tochterlein ein labiles Gleichgewicht hergestellt

hatte, mit der Orgelung des Wortes „Chre“ sein Vaterland im Stiche läßt. Sternheim kann nach diesem Buche kaum noch etwas schreiben. Weiter läßt sich dieser Stil kaum steigern. Auch seine Sprache wird hier wieder als groteskes Kleid dieses verrenkten Hirns erträglich. Dieses Buch ist Sternheims, des Satirikers, Höhepunkt. D. E. H.

Alle Garnkonflikte. Ein sehr glückliches Experiment führte der Männerchor Fichte-Georgina aus, indem er in der Alten Garnkonflikte ein Weihnachtskonzert gab. Nichts davon der gedrücklichen Wald, Wiesen und Feldspritz. Ramen wie Schubert, Beethoven, Brahms und Wagner bürgen dafür, daß nur Ereignisstarres Aufnahme gefunden hat. Auch ein sehr schöner Chor von Joh. Dürner (1810—1859) „Sturmbedrückung“ fügte sich dem Ganzen ausgezeichnet ein, ebenfalls das russische Volkslied „Vesperanfang“. In der Aufführung wurde jeder wehleidige Ton aufs glücklichste vermieden. Der Vortrag ist nicht nur vollkommen ausgeglichen, sondern auch in den feineren Registern gefänglich sehr kultiviert. In den stärkeren ist das Material den guten Intentionen nicht ganz ebenbürtig. Der Gesamteindruck ist ein würdiger. Der Chorleiter Dr. Ernst Volk hat sich mit dieser Aufführung in eine erste Reihe gestellt, namentlich wenn man alle Vorbereitungen in Erwägung zieht. — Nicht ganz so glücklich war die Solistenbesetzung. Namentlich die ehemals rühmlich bekannte Altistin Anna Rechner-Felten war gar nicht auf dissoniert. Ungeheure Tongebung, manche trübe Intonation, mangelhafte Klimatechnik und demgemäß gesehite Deffamation führten die Freude an ihrem schönen Programm. Auch der sonst sehr tüchtige Organist Otto Kriebe hätte durch eine stärkere Anbahnung manches besser führen können. Seine Solistunde fanden guten Anklang. H. R.

Der widerpenstige Mount Coereff. Die Aussichten auf die Bezwingung des höchsten Berges der Erde, die die kürzlich zurückgeleitete vorbereitende Mount-Coereff-Expedition machte, sind sehr günstig und optimistisch. Diese fähigen Pioniere der Alpinistik hoffen im nächsten Jahre den Berg zu ersteigen. Aber andere Sachverständige sind weniger hoffnungsfreudig und heben die unachturen Schwierigkeiten hervor, die der widerpenstige Mount Coereff gerade in seinen höchsten Höhen darbietet. Einer der erfahrensten englischen Bergsteiger George D. Abraham sagt seine Bedenken in einem interessanten Aufsatz zusammen. „Sicherlich hat die neue Expedition viele Erfahrungen gesammelt“, schreibt er. „Nur Männer von besonderer Körperstärke und im besten Alter werden für die Erreichung so großer Höhen geeignet sein. Zwischen 30 und 35 Jahren erscheint als das beste Alter. Bisher hat man die Grenze von 24 000 Fuß nicht überschritten, und die größten Gefahren beginnen erst, wenn es gilt, die noch fehlenden 6000 Fuß zu ersteigen. Ueber eine Höhe von 24 500 Fuß hinaus bedeutet jeder Schritt für den Bergsteiger einen Kampf mit seiner Müdigkeit und Schwäche, und der Mangel an Sauerstoff wird des Leben der Bergsteiger bedrohen. Bisher hat noch kein Mensch über 26 000 Fuß sich erhaben ohne künstliche Zufuhr von Sauerstoff. Von den hier zu erwartenden Schwierigkeiten kann eine Vorstellung der Versuch des Herzogs der Abruzzen geben, der bei seiner Besteigung des Bride Peak eine ungefähre Höhe von 24 500 Fuß erreichte und damit den gegenwärtigen Höhenrekord im Bergsteigen aufstellte. Die Schnelligkeit, mit

der man sich fortbewegen konnte, betrug kaum 200 Fuß in der Stunde, und an manchen Stellen stieg man in einer Stunde nur 150 Fuß. Mit größerer Schnelligkeit wird man sicherlich auch beim Mount Coereff nicht emporkommen, und in den höchsten Höhen wird es noch viel langsamer gehen. Jedenfalls werden Lager in bisher unbekanntem Höhen errichtet werden müssen. Eine Reihe von aufeinanderfolgenden Tagen mit gutem Wetter wird notwendig sein. Vollkommene Windstille wäre kein Vorteil, denn die Schrecken der Bergkrankheit sind bei solcher Bitterung am schlimmsten, und viele Alpinisten haben schon die Erfahrung gemacht, daß ein mäßiger Sturm in großen Höhen viel angenehmer ist. Aber starke Orkane wären doch sehr hinderlich und eine frühere Expedition nach dem Mount Coereff wurde durch solch einen Sturm am Vorbringen gehindert, der fast drei Monate dauerte. Glücklicherweise bietet der Mount Coereff, was das Wetter anbetrifft, unter all den großen Erhebungen des Himalaja die besten Bedingungen. Sehr viel wird von den Füllis abhängen, von denen viele in einer Höhe von über 14 000 Fuß zu leben gewohnt sind und daher ein vorzügliches Training mitbringen. Für die europäischen Teilnehmer an der Endbesteigung dürften aber Jahre geduldiger Übung nötig sein, und man sollte sehr langsam und vorsichtig vorgehen. Wenn der Mount Coereff in einem einzigen Ansturm genommen werden soll, so ist das ein Spiel mit Menschenleben, dessen Erfolg zweifelhaft bleibt.“

Wahltamp und drahtlose Telephonie. Der jüngste Wahltamp in New York, bei dem der bisherige Bürgermeister Hylan wieder gewählt wurde, hat zum mindesten eine Neuerung in den Methoden des politischen Kampfes mit sich gebracht: die Einführung des drahtlosen Telefons nämlich als Mittel zur Verbreitung der Wahlreden. Der Gegenkandidat Curran hielt seine Schlußrede in der Sendestunde einer Gesellschaft für drahtlose Telephonie, die von rund 1500 Stationen ausstrahlend wurde, von Amateuren, von Schiffen auf dem Meere und in Häfen, von Banken, von Zeitungsredaktionen, die den Text zur direkten Weiterlieferung an die Schreiber ausnahmen. Die Zeitungen illustrierten diese Neuerung mit Illustrationen: der Wähler sieht, den Hörer am Ohr, am Kamin oder an der Dampfheizung, horcht der Rede seines Mannes oder des der gegnerischen Partei; die Siedetemperatur der Wahlverfammlungen macht einer ruhigeren Betrachtung der Dinge Platz; der „seine Herr“ geht nicht mehr in die Verfammlungen usw.

Staatsliche Vorbildungstour für Chordirigenten. An der staatlichen Hochschule für Musik werden im nächsten Jahre staatliche Vorbildungstour für Dirigenten von Männerchören eingerichtet. Der erste dieser Kurse findet vom 18. bis 29. April 1922 statt. Die Teilnahme ist unentgeltlich, und es wird versucht werden, Zulassung für den Unterricht der Kursteilnehmer zur Verfügung zu stellen. An der Vorbildungstour der Kursteilnehmer der Deutschen Männerbund beteiligt. An ihn sind auch Armeidirektoren der Gewerbe zu richten. Die Bewerber müssen musikalisch bewacht sein und nachweisen, daß sie mindestens 1 Jahr als Chordirigenten tätig waren.

Für die Curareben in Ostland. Der händliche Dichter Karl A. Andersen-Rezz, der in diesen Tagen im Wall-Tein sein neuestes Buch „Die Wallteiner der letzten Jahre“ erscheinen läßt, und der Mitarbeiter des Buches, George Groh, haben auf ihr gemeinsames Genozid zugunsten der Jüngern in Ostland verzichtet.

Merkmale des Hochverrats.

Am 7. Dezember beginnt in Leipzig das Hochverratsverfahren gegen Jagow, dem sich die Verfahren gegen Wangenheim und Dr. Schiele anschließen, und ungezweifeltem Grundes, sich nicht in schwebende Verfahren einzulassen, läuft schon jetzt die Rechtsprechung gegen die Staatsanwaltschaft Sturm, um die nötige Atmosphäre zu schaffen, in der man die Hochverräter feiert und als Märtyrer einer guten Sache beklagt.

In der „Deutschen Zeitung“ untersucht ein Jurist, der seinen Namen flüchtig verschweigt, die juristischen Merkmale des Hochverrats, wie sie § 81 Abs. 2 des Strafgesetzbuches aufweist, und kommt an Hand seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die Jagow, Wangenheim und Konsorten mit ihrer Führerrolle im Rapp-Putsch keinen Hochverrat betrieben hätten. Die Beweisführung dieser anonymen Fierde der Justiz ist ein abschreckendes Beispiel für die Methoden, nach denen man in der Wissenschaft nicht arbeiten sollte; an Stelle voraussetzungsloser Prüfung sämtlicher Tatbestandsmerkmale und darauf erfolgender Schlussziehung wird das Verfahren umgekehrt, und es wird — auf schamlos juristischem Wege — bewiesen, was die Gemütsärzt des Juristen von Anfang an nicht bezweifelte: daß auch diese Verbrecher Unschuldslämmer sind, wie die Rapp, Ehrhardt usw.

Nach § 81 Abs. 2 wird wegen Hochverrat mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft, wer es unternimmt, die Verfassung des Deutschen Reiches . . . gewaltsam zu ändern. Auch dem Nichtjuristen war es bisher völlig unzweifelhaft, daß das alleinige Ziel des Rapp-Putsches die Aenderung der Reichsverfassung auf dem Wege der Gewalt war. Die Verfassung war am 11. August 1919 rechtmäßig verkündet worden. Die Richter und Beamten der Republik wurden auf sie vereidigt, und die Volkswertretung bediente sich ihrer. Mit diesen Merkmalen erhielt sie den Charakter einer rechtmäßigen Verfassung, wie ihn Bismarck's Verfassung vom Jahre 1871 getragen hatte. Der große Jurist der „Deutschen Zeitung“ sucht nun in fühner Konstruktion den Nachweis zu erbringen, daß der ganze Rapp-Putsch keinen anderen Zweck hatte, als die bestmögliche Durchführung der Weimarer Verfassung. Die „keinen Aenderungen“, die Rapp in der Verwaltung und Gesetzgebung einführen wollte, hätten hierbei keine Rolle gespielt und rechtfertigten nicht den Tatbestand des Hochverrats! Bei allem Mißtrauen, das die politische Strafgerichtsbarkeit namentlich seit der Revolution in weiten Kreisen der Bevölkerung erweckt hat, möchten wir der Heberzeugung Ausdruck geben, daß, wie immer des Verfahrens in Leipzig ausfallen möge, derartige Gesichtspunkte zugunsten der Angeklagten nicht ins Feld geführt werden.

Abänderung des Schieferlases.

Aus Anlaß der Erschießung des Kommunisten Bohse, der während des Transportes zur Polizeiwache einen Fluchtversuch unternommen hatte, wurde die Aufhebung des sogenannten Schieferlases gefordert. Wie die VVA dazu erfahren, hat der Minister Seevering schon in der Zeit seiner früheren Ministerschaft Anweisung gegeben, eine Heberprüfung des vom 24. Juni 1919 datierten Erlasses des damaligen Ministers Heine vorzunehmen. Eine vollständige Aufhebung konnte der Minister schon deshalb nicht verantworten, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß sehr viele Personen, die verhaftet werden sollten, sich im Besitze von Schusswaffen befinden. Die Frage war allenfalls nach der Richtung hin zu stellen, ob auf einen festgenommenen Verbrecher, der bereits ohne Waffen ist, noch geschossen werden soll, falls er zu entweichen sucht. Die Heberprüfung des Erlasses ist auch von Minister Dominicus ausgenommen worden, doch nicht zum Rückschlusse gekommen. Jetzt, nachdem Minister Seevering das Amt des preussischen Innenministers wieder übernommen hatte, sollte nach den Vorschlägen der Sachbearbeiter ein Gutachten der Regierungspräsidenten eingeholt werden, wie weit der Erlaß von 1919 geändert werden könnte. Da Minister Seevering annimmt, daß diese Gutachten erst in einigen Wochen einlaufen werden und ihre Bearbeitung wiederum einige Wochen in Anspruch nehmen wird, ist er der Ansicht, daß die Heberprüfung auch von den Zentralstellen vorgenommen werden kann, hat er mit Rücksicht auf die gegen 1919 erheblich veränderte Lage angeordnet, daß die Regierungspräsidenten nicht erst gefragt werden sollen. Der Minister hat vielmehr die Sachbearbeiter angewiesen, ihm Vorschläge für eine Abänderung des Erlasses von 1919 schnellstens zu unterbreiten.

Parlamentseröffnung in Amerika.

Washington, 6. Dezember. (W.B.) Der Kongreß ist gestern mittig zusammengetreten. Harding hat mitgeteilt, daß er persönlich die Jahresansprache an den Kongreß halten werde. Das gesetzgebende Programm des Kongresses umfaßt in der Hauptsache die Gesetzesvorlage, betreffend die Revision des Zolltarifs, und die Vorlage betreffend die Konsolidierung der alliierten Schulden.

Den Blättern zufolge wird Präsident Harding in seiner Rede erklären, daß die Vereinigten Staaten, falls die Abrüstungskonferenz scheitern sollte, mehr als 800 Millionen Dollar für seine Militär- und Marineausgaben in dem am 30. Juni 1923 zu Ende gehenden Jahre aufwenden müßten. Diese Zahl ist um 60 Millionen Dollar geringer als die des laufenden Jahres, aber sie ist viel höher als alle Heeres- und Marinekredite in der Zeit vor dem Kriege. Der Präsident werde hinzufügen, die Vereinigten Staaten könnten einer erheblichen Einschränkung der militärischen und Marinekredite nicht zustimmen, solange die anderen Mächte nicht ebenfalls Verminderungen vornähmen.

Die Konferenz von Washington.

Washington, 5. Dezember. (W.B.) Die nächste offizielle Sitzung der Konferenz wird am Mittwoch stattfinden. Inzwischen seien die verschiedenen Gruppen der Delegierten ihren Meinungsäustausch fort. Für besonders wichtig werden die gegenwärtig zwischen den japanischen und den chinesischen Delegierten über die Schantungfrage geführten Besprechungen gehalten. Die Verhandlungen über den Plan der amerikanischen Regierung zur Herabsetzung der Flottenstärke werden keine besonderen Fortschritte machen, solange den japanischen Delegierten die Ansichten ihrer Regierung nicht bekannt sind.

Neuer mediet aus Washington: Hier wird von zuständiger Stelle bestätigt, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands, Japans und Frankreichs gegenwärtig den Plan eines Einvernehmens zwischen den vier Mächten prüfen, das das englisch-japanische Bündnis ersetzen soll.

Nach einer Haasmeldung aus Washington hat Japan den Vorschlag angenommen, auf seine Vorzugsrechte in Schantung zu verzichten.

Der Mädchenmord von Kleppelsdorf.

Hirschberg, 6. Dezember.

In einem bitterkalten Wintertag begann die Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen Peter Gruppen, den Angeklagten im Prozeß wegen der geheimnisvollen Ermordung der 16 Jahre alten Gutsirbin Dorothea Rohrbach und ihrer Verwandten Ursula Schade, einem Kind von 12 Jahren, die beide am 14. Februar d. J. im Gutshof des Schlosses Kleppelsdorf erschossen aufgefunden wurden. Die Anklage stützt sich auf Indizien, deren Tragfähigkeit die Geschworenen prüfen sollen. Die Anklagebehörde nimmt u. a. an, daß Gruppen durch Hypnose seiner Stiefsohner den Revolver in die Hand gespielt und daß Ursula zunächst ihre Waise und dann sich selbst getötet hat. Ursula Schade soll übrigens schon dadurch ein Opfer ihres Stiefvaters geworden sein, daß er sich an ihre in stütlicher Beziehung schwer verging. Auch wird dem Angeklagten die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zur Last gelegt.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Mit leiser, aber fester Stimme und spitzen Akzent schildert Gruppen seinen Lebenslauf. Am 20. September 1894 in Haldorf bei Pinneberg geboren, habe er dort die dreiklassige Volksschule besucht. Nach vollendeter Schulzeit sei er zunächst in einem landwirtschaftlichen Betriebe tätig gewesen und dann zu einem Maurermeister in die Lehre gegangen. — Vorl.: Es wird behauptet, daß sie mehrmals verlobt gewesen seien. — Angekl.: Das ist richtig. — Vorl.: Die erste Verlobung ist aufgehoben worden, von wem? — Angekl.: Von meiner Seite, weil mich die Auserkung meiner Braut: „Was soll ich mit dem Kriegskörper?“ verletzt hatte. — Vorl.: Auch die zweite Verlobung ist auseinander gegangen und Sie sollen dem Mädchen gedroht, ihm sogar einmal einen Drohhrief geschrieben haben? — Angekl.: Ich habe niemals gedroht. Ich habe nur geschrieben, daß ich die Verlobungsgeschenke zurückhaben möchte, sonst müßte ich gerichtlich vorgehen. — Vorl.: Sie sollen das Mädchen, nachdem es sich mit einem anderen verlobt hatte, mit Erschießen bedroht haben? — Angekl.: Das ist frei erunden!

Das Verhältniß der Frau des Angeklagten.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen richtet der Vorsitzende an den Angeklagten die Frage, wie sich sein Eheleben gestaltet habe. Angekl.: Wir haben anfangs glücklich miteinander gelebt. Des Verhältnisses trübte sich aber später. Meine Frau hatte mir gestanden, ein Verhältnis mit einem Fabrikbesitzer gehabt zu haben. Dieser Mann gehörte einer Freimaurerloge an, bei der auch der verunglückte Schade Mitglied war. Mit dem Fabrikbesitzer hatte meine Frau als Witwe eine Reise nach Köln gemacht und dort mit ihm mehrere Tage in einem Hotel gewohnt. Ich habe ihr dieses Verhältnis nicht besonders übel genommen. — Vorl.: Sie sind später mit Ihrer Frau von Siehe nach Oldendüttel gezogen. Während Sie im Umzuge begriffen waren, traf der Besuch von Dorothea Rohrbach und Fräulein Jahn ein. Sie sollen bei einer Unterredung mit Fräulein Jahn geküßert haben, daß Ihre Frau Lebskleid sei. — Der Angeklagte antwortet auf die Frage, welchen Eindruck Fräulein Dorothea Rohrbach und Fräulein Jahn auf ihn bei dem ersten Besuch gemacht hätten: Dörtes Eindruck der Vorl.: Sagen Sie ruhig Fräulein Dorothea Rohrbach war gut, gegen Fräulein Jahn hatte ich nichts einzuwenden.

Gruppen erzählt nun, daß er den Damen einen Gegenbesuch mit seiner Frau in Kleppelsdorf in Aussicht gestellt habe. Er sei aber allein dorthin gefahren, weil es sich um Gelegenheit handelte. Am 17. September sei er nach seiner Rückkehr mit seiner Frau und der Schwiegermutter zum Rotor nach Siehe gefahren. Dort habe seine Frau Hypothek auf seinen Namen abgetreten. Am 18. September seien sie wieder beim Rotor gewesen, wo die Gütertrennung erklärt wurde. Am 19. September, einem Sonntag, trat die Frau die Reise nach Kleppelsdorf an. Gruppen habe sie zum Bahnhof Siehe gebracht, aber nicht bis zum Bahnsteig begleitet, weil er bei den Pferden hätte bleiben müssen. Er selbst sei erkrankt gewesen, als er die telegraphische Nachricht erhielt, daß

Seine Frau in Kleppelsdorf nicht eingetroffen sei.

Einige Tage später hätten die Hausangehörigen auf dem Abort einen zerrissenen Zettel gefunden, der des Konzept eines von Frau Gruppen an ihre Mutter gerichteten Abschiedsbriefes darstelle. In dem Briefe heißt es, Frau Gruppen reise nach Amerika, um sich der Wägnen zu widmen. Der Vorlesende stellt fest, daß alle Nachforschungen nach dem Verbleiben der Frau des Angeklagten vergeblich gewesen seien. Wenn sie noch lebe, müßte sie durch die Zeitungen Kenntnis erhalten haben von dem fürchterlichen Tode ihrer Tochter Ursula.

Groß-Berlin

Zunahme des Verkehrs.

Betriebsverbesserungen bei der Berliner Straßenbahn.

Bei allen Berliner Verkehrsunternehmungen ist in den letzten Monaten eine starke Zunahme der Personenbeförderung zu verzeichnen. Bei der Straßenbahn ist die Zahl der beförderten Fahrgäste von rund 1,5 Millionen im Frühjahr dieses Jahres auf über 1,9 Millionen im November gestiegen. Dieser Zunahme von Fahrgästen folgend, war die Straßenbahnverwaltung bemüht, durch Verstärkung des Betriebes den gesteigerten Ansprüchen nachzukommen. So wurden im Oktober durch Einsetzen einer größeren Anzahl Rotor- und Weimagerzüge rund 4000 Wagenkilometer mehr geleistet als im August. Im November wurden darüber hinaus Betriebsverbesserungen im Betrage von weiteren 6000 Wagenkilometern erzielt; demnach sind im Monat November gegenüber dem August rund 10 000 Wagenkilometer mehr gefahren worden. Bei den Linien 24, 32, 40, 43, 60 und 164 sind wesentliche Verstärkungen durchgeführt. Durch sorgfältige Anpassung der Wagenstellung an den Verkehr war es möglich, die Zahl der unrentablen Linien stark zu verringern. Während im Frühjahr noch etwa zwei Drittel sämtlicher Linien der Berliner Straßenbahn unter Selbstkosten arbeiteten, ist jetzt diese Zahl um mehr als die Hälfte gesunken. Auf Veranlassung des Verkehrsamtes werden zurzeit an 12 Stellen der Stadt Gleisverbindungen zwischen den früher getrennt vermittelten Straßenbahnunternehmungen hergestellt. Es konnte u. a. bereits vor mehreren Wochen eine neue Verbindung vom Birchow-Krankenhaus über den nördlichen Teil von Moabit nach dem Potsdamer Bahnhof und Neukölln eingeführt werden. Noch vor Weihnachten sollen die Anschlußstelle beim Rathaus Steglitz fertiggestellt sein, wodurch dann eine unmittelbare Verbindung von der Stadt nach Lankwitz einerseits und nach Dahlem und Grunewald andererseits erreicht werden kann. Später folgt dann die Verbindung vom Alexanderplatz über Friedrichsfelde nach Oberschnewalde sowie von Bankow über den neuen Gleisanschluss an der Bodstraße nach Moabit und Charlottenburg. Auch die Verlängerung der Linie U von der Dorotheerstraße nach dem Alexanderplatz sowie der Linien NO nach dem Rathaus dürfte im Laufe der nächsten Wochen erfolgen.

Die Erhöhung des Brotpreises.

Inkrafttreten am 12. Dezember.

Zu der bereits kurz gemeldeten Erhöhung des Brotpreises auf 8 M. und des Preises der Schrippen auf 25 Pf. erfahren wir, daß in der städtischen Ernährungsdeputation

noch ein weitergehender Antrag auf Erhöhung des Preises auf 8,10 M. gestellt, aber abgelehnt wurde. Der Vorschlag des Ausschusses auf 7,95 M. war durch die inzwischen weiter gestiegenen Rohpreise überholt, so daß auf jedes Marktenbrot noch 4 Pf. und auf jede Schrippe ein Zehntel Pfennig hinzukamen. Es würde sich auf Grund der vom Ernährungsamt aufgestellten genauen Berechnungen demnach ein Brotpreis von 7,98 M. und ein Schrippenpreis von 23,2 Pf. ergeben. Die Abrundung der Preise auf 8 M. und auf 25 Pf. bedeutet also ein nicht unwesentliches Entgegenkommen zu den Wünschen des Bäckergewerbes. Der Verbrauchsschutz hatte für Schrippen einen Preis von 70 Pf. für drei Stück vorgeschlagen; diese Berechnung würde aber mit der Brotkarte, die eine Entnahme von 10 Schrippen zuläßt, nicht übereinstimmen. Am Montagvormittag hatte der Verbrauchsausschuß, der zum größten Teil aus Vertretern der Verbraucherschaft besteht, den Brotpreis von 8 M. und den Schrippenpreis von 25 Pf. als angemessen bezeichnet. Die erhöhten Brotpreise sollen am nächsten Montag, den 12. d. M., in Kraft treten.

Mord am Engelfer!

Die Gewalttat eines Unbekannten.

Eine ungewöhnliche Mordmeldung lief gestern spät abends den Bereitschaftsdienst der Kriminalpolizei nach dem Engelfer. Dort erlöschten gegen 10 Uhr gelinde Hilferufe einer Frau. Leute, die die Rufe aus dem Kanal heraus hörten, und dann eine Frau vor dem Grundstück Nr. 8 mit dem Wasser kämpfen sahen, benachrichtigten die Polizei und die Feuerwehre. Dieser gelang es mit vieler Mühe die Frau aus dem an jener Stelle eiströmen Wasser zu bergen. Die Samariter und ein Arzt aus der Köpenicker Straße machten dann sofort Wiederbelebungsversuche, die aber keinen Erfolg mehr hatten. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schausee gebracht. Mitteilungen aus dem Publikum veranlassen die Revierpolizei, die Kommissionsmission zu rufen. Die Ermittlungen ergaben bisher, daß mehrere Personen Vorgänge, die mit dem Tode der Frau in Verbindung zu stehen scheinen, beobachtet haben wollen. Nach der Befragung eines Eisenbahnbeamten hat ein Mann seine Begleiterin über das niedrige Gelände und die Bschung in den Kanal geworfen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei wurden heute morgen wieder aufgenommen. Zur Aufklärung ist es dringend erforderlich, daß alle Personen, die von den erwähnten Vorgängen etwas wissen, sich unverzüglich bei Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 105 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Die Entrentene scheint eine Marie Hähelein zu sein, denn man fand bei ihr eine Mitgliedschaft des Landarbeiterverbandes, Abteilung Schöneberg, die auf diesen Namen lautet. Die tote ist etwa 22 bis 30 Jahre alt und 1,63 Meter groß, hat blondes Haar und blonde Augenbrauen und ein längliches, klasses Gesicht und trägt eine schwarze Bluse, ebensolchen Oberrock, einen grauen Wollmantel, schwarze Strümpfe und schwarze Schuhe.

Bis zu 90 Proz. Mietzuzschlag.

Der städtische Ausschuß für das Wohnungsweien hat jetzt seine Beratungen beendet und beschlossen, den Berliner Magistrat einen Höchstmietenzuzschlag zu den Friedensmieten bis 90 Proz. vorgeschlagen. Für gewerbliche und Bürouräume soll der Höchstzuzschlag 120 Proz. betragen, wenn der Mietzins vom 1. Juni 1914 jährlich mehr als 800 M., aber nicht mehr als 2400 M. betragen hat. Für gewerbliche Räume mit höherer Friedensmiete hat der Wohnungsausschuß einen Höchstzuzschlag bis 150 Proz. vorgeschlagen. Der Magistrat wird sich in seiner morgigen Sitzung mit den Vorschlägen beschäftigen.

Schonzeiten für Wild. Für das Jahr 1922 legt der Oberpräsident der Provinz Brandenburg folgende neue Schonzeiten fest: Für Rebhühner vom 1. Januar bis einschließlich 1. Mai, für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen vom 15. Juli bis 15. September, für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen vom 1. Februar bis einschließlich 1. September. Für Rebhühner, Wachteln und Kottische Moorhühner wird der Schluß der laufenden Schonzeit auf den 17. August festgesetzt, während die neue Schonzeit am 15. Dezember t. J. beginnt. Die Schonzeit für Nechtälber wird auf das ganze Jahr ausgedehnt.

Neue Preise im Trijergewerbe. Auf Grund der dauernd steigenden Preise auf allen Gebieten und der auch dadurch hervorgerufenen Lohnforderung der Friseur, setzen sich nach übereinstimmender sämtlicher Verbände der Friseur von Groß-Berlin diese Verbände gezwungen, ihre Preise für die Behaltungen bis zu 40 Proz. zu erhöhen. Der Mindestpreis für Rasieren beträgt jetzt 2 M., für Haarschneiden 6 M., im Damenfach gleichfalls dementsprechend.

Die städtische Eisbahn auf dem Rummelsburger See ist seit Sonntag eröffnet und erfreut sich eines überaus regen Besuches. Mit Schulausweisen verlebene Schüler aus dem Derwollungsbezirk Nichtenberg (17) haben wochentags bis nachmittags 4 Uhr freien Zutritt, nach 4 Uhr kostet der Eintritt 20 Pf. Schüler ohne Ausweise zahlen wochentags 60 Pf.

Das freigewerkschaftliche Jugendbrot am vor kurzem abend einen Beschlussvorlog in der Aula des Kochgeschäfts in der Drehschule, der einen überflüssigen Eol brachte. Es war eine wirkungsvolle Aktion, die getroffen werden, die die vielen Kinder, darunter auch ältere, die zum Ende zählten. So konnte man in unentgeltlicher Verabreichung mittels Mittelstap und Film die allerersten Behälter in ihren Verabreichungen beladen. Die dröge Welt der Mähe, Kälte, gut beheizt, hat sich auf Verweil und unheimlichem Ausmaß der Verhegung des Betriebes vom gestrigen Paum über den Zellulosebetel und weiter. Schließlich mit ein wenig Schokolade und Kanne eine Reite nach den einzigen Eisfeldern des Raundes.

Better für morgen.

Berlin und Umgegend. Einmal gelinder, veränderlich, überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteienabrischten.

Heute, Dienstag, den 6. Dezember:

12. Ubr. 7 Uhr. Frauenversammlung im Schloss-Quartier, Tanz. Ede Mitglieder. Thema: „Religion und Sozialismus.“ Referent: Harry Klener. Schluß um 10 Uhr. Gütlich willkommen.

Morgen, Mittwoch, den 7. Dezember:

- 13. Ubr. 7 Uhr. Schulaula Volkstr. 3. Thema: „Ursachen der Krisen.“ Referent: Ernst Kitz.
- 14. Ubr. 7 Uhr. Vorkühler-Kreis. 16. Ubr. 7 Uhr. „Die politische Lage.“
- 15. Ubr. 7 Uhr. Die Schilling. 18. Ubr. 7 Uhr. 18. Ubr. 7 Uhr. 18. Ubr. 7 Uhr. Bericht über die letzte Funktorenversammlung und „Gründung einer Arbeiterjugendbewegung in Kottbus.“
- 16. Ubr. 7 Uhr. 18. Ubr. 7 Uhr. Sitzung des Verbandes und des Funktionäre im Sozial-Gemess. Verein. 7.
- 17. Ubr. 7 Uhr. 18. Ubr. 7 Uhr. Mitgliederversammlung im Gefängnis der Oberrealschule, Alexanderplatz. Tagesordnung: 1. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 2. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 3. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 4. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 5. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 6. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 7. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 8. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 9. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 10. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 11. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 12. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 13. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 14. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 15. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 16. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 17. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 18. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 19. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 20. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 21. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 22. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 23. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 24. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 25. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 26. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 27. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 28. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 29. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 30. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 31. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 32. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 33. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 34. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 35. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 36. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 37. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 38. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 39. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 40. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 41. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 42. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 43. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 44. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 45. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 46. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 47. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 48. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 49. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 50. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 51. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 52. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 53. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 54. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 55. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 56. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 57. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 58. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 59. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 60. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 61. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 62. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 63. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 64. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 65. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 66. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 67. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 68. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 69. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 70. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 71. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 72. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 73. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 74. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 75. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 76. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 77. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 78. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 79. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 80. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 81. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 82. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 83. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 84. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 85. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 86. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 87. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 88. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 89. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 90. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 91. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 92. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 93. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 94. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 95. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 96. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 97. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 98. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 99. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr. 100. Referat des Gen. Fr. Hallmann über die 18. Ubr. 7 Uhr.

